

„Watschn für die bayerischen Anwohner“

Fluglärmgegner verärgert über die Airport-Chefin – „Schutz von Salzburg-Süd jetzt schwarz auf weiß“

Von Michael Hudelist

Freilassing. Ein Bericht in der Heimatzeitung über die 100-Tage-Bilanz der neuen Salzburger Flughafen-Chefin Bettina Ganghofer hat in den Reihen der Fluglärmgegner für Verstimmung gesorgt. Bettina Oestreich und Robert Judl vom Schutzverband sprechen wörtlich von einer „Watschn für die bayerischen Anwohner“. Dass Ganghofer davon spreche, „dass es immer Menschen gibt, die einem Flughafen sehr kritisch gegenüberstehen“ bezeichnet Oestreich als „respektlos“, die Aussage, dass der Flughafen „freiwillig ein Nachtflugverbot einhalte“ sei zudem schlichtweg falsch. „Das ist im Staatsvertrag von 1974 festgeschrieben worden.“

Einigen Staub aufgewirbelt haben die Aussagen sowohl von Ganghofer als auch von Aufsichtsratsvorsitzendem Christian Stöckl im Rahmen einer Pressekonferenz am Mittwoch (wir berichteten). Auf die Frage nach dem Verhältnis zu den bayerischen Nachbarn meinte Ganghofer, sie sei bereits am zweiten Arbeitstag bei einer Sitzung der Fluglärmkommission dabei gewesen. „Dass Frau Ganghofer nun nach 100 Tagen im Amt das Nachtflugverbot als große, freiwillige Errungenschaft preist, erstaunt mich und zeugt auch Unwissenheit“, ärgert sich Robert Judl, der stellvertretende Vorsit-

zende der Schutzgemeinschaft Rupertiwinkel. Das Nachtflugverbot sei zum einen im Staatsvertrag zwischen Österreich und Deutschland zum Betrieb des Flughafens festgelegt, und es gebe dazu auch einen Beschluss der Salzburger Landesregierung aus Jahr 1989. Auch im deutschen Luftfahrtgesetz sei die Nachtruhe für Flughafenanwohner ab 22 Uhr vorgesehen. In der ersten Hälfte des vergangenen Jahres hätten zudem die Landungen nach 23 Uhr trotz Nachtruhe zugenommen. „Erst in den letzten Monaten hat sich das wieder auf ein Normalmaß von einer Landung nach 23 Uhr pro Woche eingependelt“, so Oestreich.

Warum wird Kompromiss nicht umgesetzt?

Auch die Aussagen von Christian Stöckl bezeichnen die beiden Sprecher der Freilassinger Fluglärmgegner als unverständlich. „Stöckl sagt, das modifizierte Pistennutzungskonzept wäre ohne Zustimmung aus Berlin eine Vorleistung gewesen. Diese Aussage ist falsch“, so Judl. Das Gesamtkonzept inklusive Pistennutzung sei erst nach massivem Druck aus Berlin im gemeinsamen technischen Ausschuss zusammen mit dem österreichischen Verkehrsministerium in Wien ausgearbei-



Der Inhalt eines Berichts über die Pressekonferenz der neuen Flughafenchefin haben Bettina Oestreich und Robert Judl in Rage gebracht, sie empfinden zahlreiche Aussagen als respektlos den bayerischen Anwohnern gegenüber. – Foto: Michael Hudelist

tet worden. „Dieses Regelwerk legt also fest, wie künftig geflogen werden soll, und sieht damit eine massive Umverteilung der Starts und Landungen in Richtung Süden der Stadt Salzburg vor“, erklärt Judl.

„Diese 25 bis 30 Prozent mehr nach Süden war den Salzburgern aber zu viel, daraufhin haben sie im Januar 2017 einen modifizierten Kompromissvorschlag vorgestellt.“ Darin war unter anderem eine freiwillige Beschränkung der Betriebszeiten von 7 bis 22 Uhr und eine maximale Umleitung von Flügen in Richtung Süden auf 15 Prozent vorgesehen, „aber alles

auf freiwilliger Basis“. Stöckl hat in der Pressekonferenz auf entsprechende Nachfragen auch erklärt, dass die Belastung des Südens auf einem minimalen Niveau gehalten werden soll. „Jetzt haben wir es schwarz auf weiß, dass der Süden der Stadt Salzburg minimal belastet werden soll. Das passt nicht zu den Aussagen des Kompromissvorschlags“, wettet Judl. „Faktisch gibt es also doch einen Schutzstatus für den Süden, bisher wurde das immer bestritten.“

Im Rahmen der Pressekonferenz betonten Stöckl und Ganghofer mehrmals, dass von Berlin keinerlei Signale zum Kompro-

missvorschlag gekommen seien und man nun die Regierungsbildung in Deutschland abwarten wolle. Tatsächlich hat Deutschland aber eine geschäftsführende Bundesregierung und einen geschäftsführenden Verkehrsminister, Christian Schmidt, CSU. Warum ruft der bayerische Innenminister Joachim Herrmann, ebenfalls CSU, also nicht einfach bei Schmidt an und verlangt eine Entscheidung? Darauf haben auch Oestreich und Judl keine Antwort.

Dass die österreichische Seite den Kompromissvorschlag nicht einfach umsetzt, sondern auf ein Signal aus Berlin wartet, erklären sich die beiden Fluglärm-Sprecher damit, dass diese „Vorleistung“ von österreichischer Seite dann als endgültige Lösung angesehen werden könnte. „Im technischen Ausschuss ist von deutscher Seite eindeutig gesagt worden, dass das gemeinsam erarbeitete Konzept für die Pistennutzung ein Anfang ist“, so Oestreich. Der Kompromissvorschlag sei eine sehr abgeschwächte und nur von Salzburg vorgelegte Version gewesen.

Einen persönlichen Kontakt zwischen der neuen Flughafen-Geschäftsführerin und der Vorsitzenden des Schutzverbands hat es noch nicht gegeben. „Aber vielleicht rufe ich Frau Ganghofer in den nächsten Tagen doch einmal an“, überlegt Oestreich abschließend.